

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

2024



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2024“

Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage.....	1
Zusammenfassung.....	2
1 Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates.....	3
2 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes.....	8
3 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand.....	10
4 Das Beamtenprofil	11
5 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	12
6 Die wichtigsten Aufgaben des Staates.....	15

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2024 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Die Erhebung fand im Mai 2024 statt. Befragt wurden 2.001 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Wie bereits seit 2020 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.omninet-Panels durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Panel mit derzeit über 150.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung in Deutschland darstellen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 2,5 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragen werden.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen 18. „dbb-Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ auch – soweit möglich – mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.

Zusammenfassung

Der große Vertrauensrückgang in die aktuelle Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP, der bereits in den letzten Jahren die Ergebnisse der Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst stark beeinflusst hat, ist auch im aktuellen Jahr ungebrochen. So halten auch aktuell 70 Prozent der Menschen in Deutschland den Staat in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme für überfordert - und das hinsichtlich einer großen Bandbreite an Aufgaben. Allen voran halten die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger den Staat bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik und der Schul- und Bildungspolitik für überfordert. Ebenfalls unverändert groß ist der Anteil derer, die eine Abnahme der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Vergleich zu den letzten Jahren sehen.

Trotz vermuteter Überforderung des Staates und eines Rückgangs des Anteils derer, die den Staat für leistungsfähig halten, glauben die Befragten, dass der Staat an sich vielfältige wichtige Aufgaben zu bewältigen hat. So ist es für die Mehrheit der Bundesbürger weiterhin sehr wichtig, dass sich der Staat um die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft kümmert, aber auch um eine Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur. An Bedeutung zugenommen hat im Vergleich zu den letzten Jahren vor allem die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr als wichtige Aufgabe des Staates.

Bei der Einschätzung der Bedeutung der Aufgaben zeigen sich auch weiterhin nicht nur große Differenzen zwischen den Anhängern der Regierungs- und der Oppositionsparteien, sondern auch mitunter deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der drei Parteien der regierenden „Ampel-Koalition“. Es scheint den Parteien, die die amtierende Bundesregierung bilden, derzeit kaum zu gelingen, einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen heterogenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

1 Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates

Das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen bzw. lösen zu können, ist nach einem „Vertrauens-Hoch“ in der ersten Phase der Corona-Pandemie 2020 in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen und liegt aktuell nur noch bei 25 Prozent.

70 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger hingegen meinen, der Staat sei angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert.

Etwas höheres Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates haben lediglich die Beamten sowie die Anhänger der SPD und der Grünen.

Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme

		in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert	
		%	%	
insgesamt	2019	34	61	
	2020	56	40	
	2021	45	51	
	2022	29	66	
	2023	27	69	
	2024	25	70	
	<hr/>			
Ost		19	77	
West		26	69	
<hr/>				
18- bis 29-Jährige		30	65	
30- bis 44-Jährige		28	67	
45- bis 59-Jährige		22	72	
60 Jahre und älter		23	73	
<hr/>				
Öffentlich Beschäftigte:	insgesamt	37	60	
	Beamte	43	54	
	Tarifbeschäftigte	34	63	
<hr/>				
Hauptschule		20	76	
mittlerer Abschluss		20	74	
Abitur, Studium		33	63	
<hr/>				
Anhänger der:	SPD	40	54	
	Grünen	46	50	
	FDP	11	85	
	<hr/>			
	CDU/CSU	19	76	
	AfD	5	90	

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die konkrete, ohne Antwortvorgaben gestellte Nachfrage, mit welchen Aufgaben der Staat derzeit überfordert sei, nennen die Befragten auch in diesem Jahr eine Vielzahl von Bereichen und Problemen.

Wie bereits im letzten Jahr meinen die vergleichsweise meisten derjenigen Befragten, die glauben, der Staat sei überfordert, dass der Staat derzeit vor allem mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik überfordert sei (30 %).

19 Prozent sehen den Staat bei der Schul- und Bildungspolitik, 13 Prozent im Bereich innere Sicherheit, 12 Prozent beim Klima- und Umweltschutz und 11 Prozent bei den sozialen Sicherungssystemen bzw. der Rente als überfordert an.

Im Vergleich zum letzten Jahr werden häufiger (ein Plus von 3 oder mehr Prozentpunkten) genannt: Die Wirtschaftspolitik, die soziale Sicherheit, der Wohnungsmarkt, die Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Abbau von Bürokratie und die Lage am Arbeitsmarkt.

Weniger häufig (ein Minus von 3 oder 5 Prozentpunkten) werden genannt: der Klimaschutz, die soziale Gerechtigkeit, die Gesundheitsversorgung.

Überforderung des Staates

Der Staat ist bei folgenden Aufgaben überfordert:	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	%	%	%	%	%	%
Energieversorgung	2	1	4	17	7	6
Steuer- und Finanzpolitik	7	10	8	9	6	8
Preisentwicklung, Inflation	-	-	-	6	4	1
Wirtschaftspolitik	1	7	5	5	5	8
Klima- und Umweltschutz	13	10	20	15	17	12
Schul- und Bildungspolitik	24	22	19	13	19	19
Kinderbetreuung	7	3	3	2	5	3
soziale Sicherungssysteme, Rente	12	12	11	12	7	11
soziale Gerechtigkeit	11	9	11	11	12	7
Lage am Arbeitsmarkt	4	4	2	3	4	7
Wohnungs- und Immobilienmarkt	7	3	3	2	3	6
Gesundheitsversorgung	12	11	10	11	13	10
Asyl- und Flüchtlingspolitik	19	20	15	10	26	30
innere Sicherheit	17	14	10	7	10	13
Justiz und Rechtsprechung	7	9	8	4	3	3
Verteidigung, äußere Sicherheit	3	3	3	5	5	7
Digitalisierung	4	4	8	6	5	4
Infrastruktur	7	5	6	4	5	6
Verkehrspolitik	5	4	6	3	4	5
mangelnde Nähe zu den Bürgern	6	6	4	5	8	5
Bürokratieabbau	7	2	4	4	5	8
Überforderung generell	6	4	6	10	9	6
weiß nicht	20	14	16	18	18	19

Basis: Befragte, die den Staat als überfordert ansehen; offene Abfrage; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

Ähnlich wie in den letzten Jahren glaubt weiterhin nur eine Minderheit der Befragten (12 %), dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren größer geworden sei. Deutlich mehr Befragte (46 %) glauben, die Leistungsfähigkeit sei eher geringer geworden. 31 Prozent sehen keine Veränderung bei der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren abgenommen hat, meinen in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der FDP und der AfD.

Meinungen zur Leistungsfähigkeit des Staates

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren

		größer %	gleich groß %	geringer %
insgesamt	2019	17	41	34
	2020	17	44	32
	2021	15	41	38
	2022	13	33	46
	2023	11	35	45
	2024	12	31	46
Öffentlich Beschäftigte:	insgesamt	22	36	35
	Beamte	22	38	34
	Tarifbeschäftigte	22	34	35
Anhänger der:	SPD	13	38	39
	Grünen	15	36	37
	FDP	14	21	57
	CDU/CSU	10	32	50
	AfD	11	16	61

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

Aktuell meinen ähnlich wie bereits in den letzten Jahren 43 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste. 48 Prozent sehen dies nicht so.

Überdurchschnittlich häufig finden Arbeiter und Selbständige sowie die Anhänger der FDP, der Union und der AfD, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste. Von den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst selbst meinen dies jeweils nur wenige.

Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld

		ja %	nein %
insgesamt	2016	31	64
	2017	33	64
	2018	32	66
	2019	48	46
	2022	45	49
	2023	44	50
	2024	43	48
Ost		45	41
West		42	49
18- bis 29-Jährige		37	54
30- bis 44-Jährige		46	47
45- bis 59-Jährige		38	50
60 Jahre und älter		47	43
Arbeiter		57	34
Angestellte		44	45
Selbständige		64	26
Öffentlich Beschäftigte:	insgesamt	21	73
	Beamte	15	80
	Tarifbeschäftigte	25	68
Anhänger der:	SPD	41	50
	Grünen	29	62
	FDP	51	44
	CDU/CSU	53	42
	AfD	56	35

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen genannt mit der Bitte, die Arbeit dieser Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten.

Weiterhin schneiden die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr (1,9) sowie die Bibliotheken und die Museen (jeweils 2,0) am besten ab.

Landes- bzw. Bundesministerien (3,5 bzw. 3,8) sowie Arbeits- und Sozialämter (3,5 bzw. 3,3) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

Die Bewertung der Arbeit der verschiedenen Behörden fällt alles in allem ähnlich aus wie im vergangenen Jahr.

Bewertung einzelner Behörden

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)					Veränderung zu 2023
	2020	2021	2022	2023	2024	
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,7	1,8	1,9	2,0	1,9	+ 0,1
Bibliotheken	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0	0
Museen	2,0	1,9	2,1	2,1	2,0	+ 0,1
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,4	2,5	2,5	2,4	+ 0,1
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	2,4	2,5	2,5	2,4	+ 0,1
Kindergärten	2,2	2,2	2,4	2,5	2,5	0
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	0
Krankenhäuser	2,4	2,5	2,7	2,8	2,7	+ 0
Sozialversicherung	2,7	2,8	2,9	2,9	2,8	+ 0,1
Gerichte	2,8	2,8	3,0	3,0	2,8	+ 0,2
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	2,9	3,1	3,1	3,0	+ 0,1
Finanzämter	2,8	2,9	3,1	3,2	3,0	+ 0,2
Schulen	2,9	3,0	3,1	3,2	3,2	0
Sozialämter	3,2	3,2	3,4	3,4	3,3	+ 0,1
Arbeitsämter	3,3	3,4	3,6	3,5	3,5	0
Landesministerien	3,1	3,4	3,5	3,6	3,5	+ 0,1
Bundesministerien	3,2	3,6	3,7	3,8	3,8	0

4 Das Beamtenprofil

Wie bereits in den Vorjahren werden Beamte auch aktuell am ehesten als verantwortungs- und pflichtbewusst (64 bzw. 63 %), als zuverlässig (55 %) und kompetent (52 %) wahrgenommen. 48 Prozent halten Beamte für hilfsbereit, 40 Prozent für unbestechlich, aber nur 15 Prozent für flexibel.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten weiterhin am ehesten eine gewisse Sturheit attestiert (43 %). 36 Prozent sehen Beamte als mürrisch, 31 Prozent als arrogant, 18 Prozent als überflüssig, 16 Prozent als ungerecht und 18 Prozent als ängstlich an.

Im Vergleich zum letzten Jahr werden Beamte derzeit seltener als arrogant (- 5 Prozentpunkte), überflüssig oder ungerecht (jeweils - 4 Prozentpunkte) wahrgenommen.

Das Beamtenprofil 2024

Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu:	2007	2008	2009	2020	2021	2022	2023	2024	Veränderung zu 2023
	%	%	%	%	%	%	%	%	
verantwortungsbewusst	70	71	72	64	64	64	62	64	+ 2
pflichtbewusst	75	76	78	70	68	64	63	63	0
zuverlässig	66	67	70	61	58	55	56	55	- 1
kompetent	59	60	64	56	55	50	52	52	0
hilfsbereit	57	59	66	58	55	48	48	48	0
unbestechlich	37	38	45	41	40	38	40	40	0
flexibel	28	28	34	20	19	15	15	15	0
stur	54	51	48	42	47	49	45	43	- 2
mürrisch	-	-	-	29	30	33	39	36	- 3
arrogant	41	40	33	25	28	32	36	31	- 5
überflüssig	24	22	20	16	20	20	22	18	- 4
ungerecht	26	21	20	16	16	18	20	16	- 4
ängstlich	20	20	20	21	21	19	17	18	+ 1

5 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Seit der ersten „dbb Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ im Jahr 2007 wurde jedes Jahr ermittelt, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen genannt mit der Bitte jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe bei ihnen persönlich ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Wie bereits in den Vorjahren wird auch aktuell das „Beruferanking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, von denen 94 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen haben. Es folgen im Ansehensranking Krankenpflegekräfte (90 %), Ärztinnen und Ärzte und Altenpflegekräfte (jeweils 86 %).

Von Polizistinnen und Polizisten haben 81 Prozent, von Erzieher/-innen im Kindergarten bzw. der Kita 78 Prozent und von Müllmännern bzw. -frauen sowie Richterinnen und Richtern jeweils 70 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Von Beamten und Beamtinnen haben aktuell 35 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Das geringste Ansehen haben wie bereits im letzten Jahr die Politikerinnen und Politiker (14 %), Mitarbeitende in einer Telefongesellschaft (11 %) oder einer Werbeagentur (6 %) sowie Versicherungsvertreter/-innen (6 %).

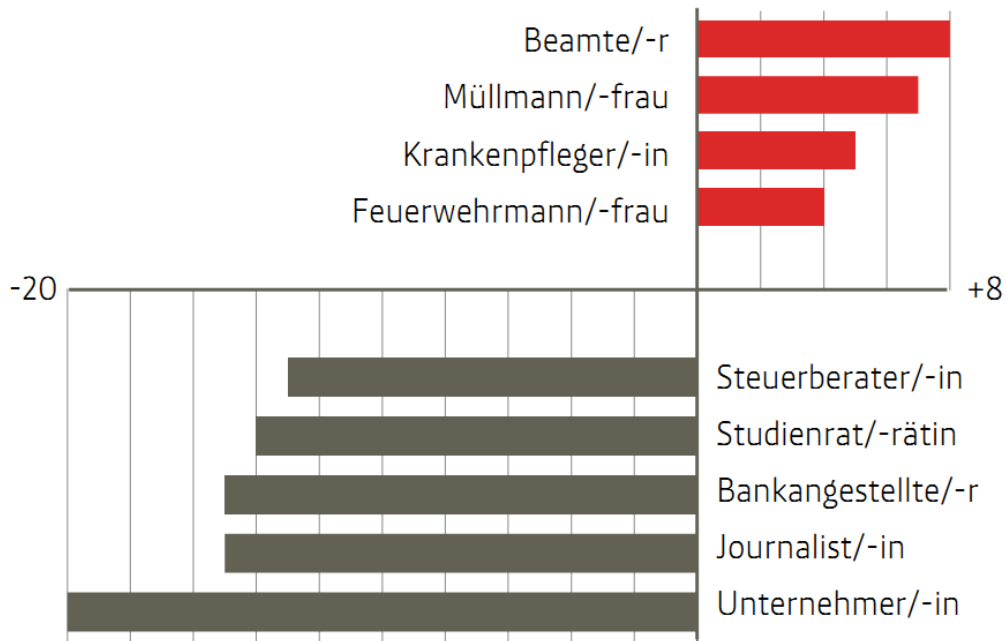
Den größten Ansehensgewinn konnten in diesem Jahr Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten (jeweils + 5 Prozentpunkte) verzeichnen. Das Vertrauen in die Polizei sowie in die Beamtinnen und Beamten ist jeweils um 3 Prozentpunkte gestiegen.

Ansehen einzelner Berufsgruppen

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:	2007	2020	2021	2022	2023	2024	Veränderung zu 2023
	%	%	%	%	%	%	
Feuerwehrmann/-frau	90	93	94	93	94	94	0
Krankenpfleger/-in	85	87	89	88	89	90	+ 1
Arzt/Ärztin	86	87	88	86	85	86	+ 1
Altenpfleger/-in	-	86	87	85	84	86	+ 2
Polizist/-in	78	82	85	78	78	81	+ 3
Erzieher/-in im Kindergarten/Kita	-	78	81	75	76	78	+ 2
Müllmann/-frau	63	70	70	70	72	70	- 2
Richter/-in	77	67	69	64	65	70	+ 5
Pilot/-in	-	62	66	64	64	63	- 1
Hochschulprofessor/-in	-	70	67	60	63	64	+ 1
Förster/-in	-	61	62	61	60	58	- 2
Soldat/-in	-	46	53	57	60	65	+ 5
Kanal-Klärwerksmitarbeiter/-in	-	62	65	63	65	63	- 2
Briefträger/-in	52	54	52	52	53	52	- 1
Lehrer/-in	63	67	69	63	64	66	+ 2
Techniker/-in	-	64	67	64	65	67	+ 2
Lokführer/-in	-	62	60	56	55	53	- 2
Justizvollzugsbeamte/-r	-	55	55	52	52	54	+ 2
Unternehmer/-in	61	42	40	39	40	41	+ 1
Journalist/-in	47	42	41	32	31	32	+ 1
Studienrat/-rätin	53	45	45	39	40	39	- 1
Steuerberater/-in	47	36	36	34	35	34	- 1
EDV-Sachbearbeiter/-in	43	30	34	32	33	35	+ 2
Bankangestellte/-r	38	23	24	21	23	23	0
Steuerbeamter/-in	28	25	25	22	23	23	0
Gewerkschaftsfunktionär/-in	23	25	27	21	23	22	- 1
Beamte/-r	27	37	34	31	32	35	+ 3
Politiker/-in	20	24	22	17	14	14	0
Mitarbeitende einer Telefongesellschaft	19	13	13	12	13	11	- 2
Mitarbeitende in einer Werbeagentur	18	11	10	8	8	6	- 2
Versicherungsvertreter/-in	11	8	8	7	8	6	- 2

Die folgende Übersicht stellt die „Gewinner“ und „Verlierer“ im Beruferanking im Vergleich zu 2007 dar.

Ansehen einzelner Berufsgruppen – Veränderungen von 2007 zu 2023



Angabe in Prozentpunkten

6 Die wichtigsten Aufgaben des Staates

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, für wie wichtig sie derzeit – angesichts der verschiedenen Krisen in der Welt und in Deutschland – verschiedene Aufgaben des Staates halten. Insgesamt hält eine (große) Mehrheit der Befragten alle abgefragten staatlichen Aufgaben für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Die höchste Priorität hat für die Befragten die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft: diese Aufgabe des Staates halten 59 Prozent für „sehr wichtig“.

Die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur halten 46 Prozent, den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes sowie die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr jeweils 40 Prozent für sehr wichtig. Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung sowie die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten halten jeweils 37 Prozent für sehr wichtig.

Für nicht ganz so wichtig werden die Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen gehalten (28 %) sowie die Unterstützung der Ukraine durch Lieferung schwerer Waffen (25 %) und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land halten (22 %).

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Übersicht

Die jeweilige Aufgabe des Staates halten für

	sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig %	unwichtig %
Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	59	33	5	1
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	46	43	8	0
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	40	44	11	2
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	40	41	13	3
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	37	37	17	7
Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	37	43	17	2
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	37	41	12	8
Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen	28	46	15	9
Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland durch Lieferung auch schwerer Waffen	25	31	20	18
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	22	47	25	3

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Deutlich seltener als im letzten und insbesondere im vorletzten Jahr werden Investitionen für den Klimaschutz - wie den Ausbau der erneuerbaren Energien - für sehr wichtig gehalten (- 9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023, - 16 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022). Auch die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land hat an Bedeutung verloren (- 8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023).

In den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (+ 4 Prozentpunkte gegenüber 2023, + 7 Prozentpunkte gegenüber 2022).

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Zeitvergleich

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	2022	2023	2024	Veränderung zu 2023
	%	%	%	
Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	62	63	59	- 4
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	45	47	46	- 1
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	44	44	40	- 4
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	33	36	40	+ 4
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	53	46	37	- 9
Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	44	39	37	- 2
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	-	38	37	- 1
Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen	34	29	28	- 1
Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland durch Lieferung auch schwerer Waffen	22	22	25	+ 3
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	27	30	22	- 8

Die Priorisierung der Aufgaben unterscheidet sich in Ost und West mitunter deutlich. So halten die Befragten aus Ostdeutschland häufiger als die Befragten aus Westdeutschland die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur, die Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land für sehr wichtig.

Befragte aus Westdeutschland hingegen sehen eine höhere Priorität als die Befragten aus Ostdeutschland in der Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, in Investitionen für den Klimaschutz, in der Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten sowie in zivilen und humanitären Hilfeleistungen bzw. Unterstützung durch Waffenlieferungen für die Ukraine.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates III

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	insgesamt	Ost	West
	%	%	%
Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	59	55	60
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	46	53	45
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	40	35	41
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	40	29	42
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	37	17	41
Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	37	45	35
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	37	30	38
Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen	28	16	30
Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland durch Lieferung auch schwerer Waffen	25	12	27
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	22	31	20

Für die Anhänger der SPD und der Grünen hat die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft und Investitionen für den Klimaschutz deutlich höhere Priorität als für die Anhänger der anderen Parteien.

Der Ausbau sowie die Modernisierung des öffentlichen Dienstes hat für die Anhänger der AfD eine geringere Priorität als für die Anhänger der anderen Parteien.

Die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist überdurchschnittlich häufig für die Anhänger der CDU/CSU sehr wichtig, deutlich seltener für die Anhänger der AfD und der Grünen.

Investitionen für den Klimaschutz spielen für die Anhänger der SPD und insbesondere der Grünen eine deutlich wichtigere Rolle als für die Anhänger der FDP, der CDU/CSU und der AfD.

Die Entlastung der Bürger aufgrund gestiegener Preise ist für die Anhänger der Grünen nur in geringem Maße, für die Anhänger der AfD in deutlich höherem Maße sehr wichtig. Für die Anhänger der Grünen ist zudem die Unterstützung der Ukraine durch zivile oder humanitäre Hilfeleistungen oder auch durch die Lieferung schwerer Waffen überdurchschnittlich häufig sehr wichtig, während von den Anhängern der AfD kaum niemand angibt, dies für sehr wichtig zu erachten.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates IV

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	insgesamt %	Anhänger der:				
		SPD %	Grünen %	FDP %	CDU/CSU %	AfD %
Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	59	66	69	39	48	55
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	46	49	44	47	45	47
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	40	48	43	46	42	30
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	40	46	31	40	57	30
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	37	42	76	12	25	6
Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	37	36	14	41	40	56
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	37	38	42	31	35	35
Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen	28	33	48	21	30	7
Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland durch Lieferung auch schwerer Waffen	25	27	41	20	29	4
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	22	24	14	20	21	22

forsa.

dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2024“

Sonderteil: Zukunft der Arbeit

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

6. Juni 2024

F24.0082/43800.02 Le, Gü

Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage.....	1
1 Bedeutung einzelner Aspekte bei der Beschäftigung.....	2
2 Körperliche Belastung durch die berufliche Tätigkeit	5
3 Psychische Belastung durch die berufliche Tätigkeit	8
4 Arbeitszeitregelungen der Beschäftigung.....	11
5 Überstunden und Überstundenausgleich.....	14
6 Schicht- oder Wechselschichtdienst.....	16
7 Arbeitszeitkonten	18
8 Wünsche für die Arbeitszeit	20

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2024 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Zusätzlich wurden in diesem Jahr die Meinungen der abhängig Beschäftigten in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst zu verschiedenen arbeitsstrukturellen Themen ermittelt, die im Folgenden vorgestellt werden.

Die Erhebung fand im Mai 2024 statt. Befragt wurden 2.001 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Wie bereits seit 2020 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.omninet-Panels durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Panel mit derzeit über 150.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung in Deutschland darstellen.

Um für den Sonderteil der Befragung zur „Zukunft der Arbeit“ auch gezielt Aussagen zu den im öffentlichen Dienst Beschäftigten Tarifangestellten und Beamten treffen zu können, wurden im Rahmen der Befragung insgesamt 1.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes befragt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten übertragen werden.

1 Bedeutung einzelner Aspekte bei der Beschäftigung

Die abhängig Beschäftigten der freien Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes wurden zunächst um eine Einschätzung gebeten, wie wichtig verschiedene Aspekte für sie bei ihrer aktuellen Beschäftigung sind bzw. – sofern nicht vorhanden – wären.

Für die Mehrheit aller abhängig Beschäftigten ist insbesondere ein angenehmer Kollegenkreis (67 %) sehr wichtig. Mit deutlichem Abstand folgen flexible Arbeitszeiten (43 %), regelmäßige Entgelterhöhungen (39 %) und zusätzliche finanzielle Zahlungen wie z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld oder ein Inflationsausgleich (39 %) als sehr wichtige Aspekte. Für 31 Prozent ist zudem die Möglichkeit des mobilen Arbeitens sehr wichtig.

Deutlich seltener werden mehr Urlaub (16 %), andere finanzielle Vorteile wie z. B. Jobticket, Leasing-Rad oder Sportangebote (14 %) oder eine Verkürzung der Arbeitszeit (14 %) als sehr wichtige Aspekte bewertet.

Frauen legen etwas größeren Wert als Männer auf einen angenehmen Kollegenkreis, flexible Arbeitszeiten, regelmäßige Entgelterhöhungen und zusätzliche finanzielle Zahlungen.

Die Möglichkeit des mobilen Arbeitens ist überdurchschnittlich häufig für die jüngeren Erwerbstätigen sehr wichtig.

Bedeutung einzelner Aspekte bei der Beschäftigung I

Bei ihrer aktuellen Beschäftigung sind bzw. wären die folgenden Aspekte sehr wichtig:	Erwerbstätige insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 54-Jährige	55 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
angenehmer Kollegenkreis	67	61	75	71	70	62	64
flexible Arbeitszeiten	43	38	48	46	48	44	35
regelmäßige Entgelterhöhungen	39	36	42	41	40	35	40
zusätzliche finanzielle Zahlungen, z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Inflationsausgleich	39	33	45	40	39	34	42
Möglichkeit des mobilen Arbeitens ("Home Office")	31	31	31	43	33	28	20
mehr Urlaub	16	14	19	16	16	18	16
andere finanzielle Vorteile, z. B. Jobticket, Leasing-Rad, Sportangebote etc.	14	11	18	12	13	17	16
Verkürzung der Arbeitszeit	14	13	15	13	14	13	14
Vier-Tage-Woche	12	11	14	12	14	13	11

Basis: abhängig Beschäftigte

Erwerbstätige, die nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, legen mehr Wert auf regelmäßige Entgelterhöhungen als die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst halten flexible Arbeitszeiten, regelmäßige Entgelterhöhungen, zusätzliche finanzielle Zahlungen wie Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld häufiger als die Beamten für sehr wichtig.

Bedeutung einzelner Aspekte bei der Beschäftigung II

Bei ihrer aktuellen Beschäftigung sind bzw. wären die folgenden Aspekte (sehr) wichtig:	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	Beschäftigte im öffentlichen Dienst:		
	%	%	insgesamt	Tarifbeschäftigte	Beamte
			%	%	%
angenehmer Kollegenkreis	67	67	68	72	63
flexible Arbeitszeiten	43	40	43	48	37
regelmäßige Entgelterhöhungen	39	42	34	38	27
zusätzliche finanzielle Zahlungen, z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Inflationsausgleich	39	39	35	41	24
Möglichkeit des mobilen Arbeitens ("Home Office")	31	31	33	33	33
mehr Urlaub	16	16	15	17	13
andere finanzielle Vorteile, z. B. Jobticket, Leasing-Rad, Sportangebote etc.	14	13	15	16	12
Verkürzung der Arbeitszeit	14	12	17	17	16
Vier-Tage-Woche	12	12	15	18	10

Basis: abhängig Beschäftigte

Frauen legen etwas größeren Wert als Männer auf einen angenehmen Kollegenkreis, flexible Arbeitszeiten, regelmäßige Entgelterhöhungen und zusätzliche finanzielle Zahlungen.

Unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst legen ebenfalls Frauen häufiger als Männer Wert auf einen angenehmen Kollegenkreis, zusätzliche finanzielle Zahlungen und regelmäßige Entgelterhöhungen. Zudem empfinden die im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen auch die Möglichkeit des mobilen Arbeitens, mehr Urlaub, eine Arbeitszeitverkürzung oder eine Vier-Tage-Woche häufiger als Männer sehr wichtig.

Die Möglichkeit des mobilen Arbeitens wird unter den öffentlich Beschäftigten vor allem von den jüngeren, unter 45 Jahre alten Beschäftigten für sehr wichtig erachtet.

Bedeutung einzelner Aspekte bei der Beschäftigung III

Bei ihrer aktuellen Beschäftigung sind bzw. wären die folgenden Aspekte (sehr) wichtig:	Beschäftigte im öffentlichen Dienst:						
	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 54-Jährige	55 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
angenehmer Kollegenkreis	68	60	74	72	69	70	62
flexible Arbeitszeiten	43	34	50	45	49	45	36
zusätzliche finanzielle Zahlungen, z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Inflationsausgleich	35	28	39	32	33	36	38
regelmäßige Entgelterhöhungen	34	30	37	30	40	35	32
Möglichkeit des mobilen Arbeitens ("Home Office")	33	27	37	42	40	29	20
Verkürzung der Arbeitszeit	17	14	19	20	19	15	13
mehr Urlaub	15	10	19	20	16	13	12
andere finanzielle Vorteile, z. B. Jobticket, Leasing-Rad, Sportangebote etc.	15	13	16	15	16	14	15
Vier-Tage-Woche	15	11	18	16	17	14	12

Basis: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst

2 Körperliche Belastung durch die berufliche Tätigkeit

Nur wenige abhängig Beschäftigte (7 %) geben an, sich durch die aktuelle berufliche Tätigkeit körperlich sehr stark belastet zu fühlen. Weitere 23 Prozent fühlen sich zumindest eher stark belastet.

Die Intensität der körperlichen Belastung unterscheidet sich dabei nicht zwischen Männern und Frauen und auch nicht zwischen den abhängig Beschäftigten der freien Wirtschaft und denen des öffentlichen Dienstes. Unter 45-Jährige geben seltener als die über 45-Jährigen an, sich stark körperlich belastet zu fühlen.

Körperliche Belastung durch die berufliche Tätigkeit

Es fühlen sich durch ihre aktuelle berufliche Tätigkeit körperlich belastet

	sehr stark	eher stark	weniger stark/ gar nicht
	%	%	%
Erwerbstätige insgesamt	7	23	69
Männer	8	23	68
Frauen	6	24	70
18- bis 34-Jährige	5	13	81
35- bis 44-Jährige	4	24	72
45- bis 54-Jährige	14	25	60
55 Jahre und älter	6	31	63
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	7	22	70
<i>Beschäftigte im öffentlichen Dienst:</i>			
insgesamt	8	23	69
Tarifbeschäftigte	8	22	69
Beamte	8	23	68
Männer	7	22	70
Frauen	9	23	67
18- bis 34-Jährige	6	19	74
35- bis 44-Jährige	5	20	74
45- bis 54-Jährige	9	21	70
55 Jahre und älter	12	30	57

Basis: abhängig Beschäftigte;
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Von den Befragten, die angegeben haben, sich durch ihre berufliche Tätigkeit sehr oder eher stark körperlich belastet zu fühlen, begründen dies die meisten (56 %) mit einer körperlich anstrengenden Tätigkeit. Bei 39 Prozent kommt die körperliche Belastung aufgrund von Überstunden und Mehrarbeit, bei 28 Prozent aufgrund der Arbeitszeiten, wie z. B. Schicht- oder Wechselschichtdienst oder Nachtschichten.

Gründe der körperlichen Belastung durch die berufliche Tätigkeit

	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	Beschäftigte im öffentlichen Dienst
	%	%	%
körperlich anstrengende Tätigkeit	56	61	42
Überstunden, Mehrarbeit	39	40	51
Arbeitszeiten, z. B. Schicht- oder Wechsel- schichtdienst, Nachtschichten	28	25	32
etwas anderes	25	18	30

Basis: abhängig Beschäftigte, die sich durch ihre aktuelle berufliche Tätigkeit körperlich belastet fühlen; Mehrfachnennungen möglich

3 Psychische Belastung durch die berufliche Tätigkeit

Deutlich höher als der Anteil derer, die sich durch ihre berufliche Tätigkeit körperlich belastet fühlen, ist der Anteil derer, die sich psychisch belastet fühlen: Über die Hälfte der Befragten (55 %) gibt an, sich sehr stark (14 %) bzw. eher stark (41 %) durch ihre aktuelle berufliche Tätigkeit psychisch belastet zu fühlen.

Dies gilt insbesondere für die Beamten.

Psychische Belastung durch die berufliche Tätigkeit

Es fühlen sich durch ihre aktuelle berufliche Tätigkeit psychisch belastet

	sehr stark	eher stark	weniger stark/ gar nicht
	%	%	%
Erwerbstätige insgesamt	14	41	45
Männer	13	42	43
Frauen	14	39	46
18- bis 34-Jährige	11	43	44
35- bis 44-Jährige	14	36	49
45- bis 54-Jährige	14	45	40
55 Jahre und älter	15	38	46
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	11	37	51
<i>Beschäftigte im öffentlichen Dienst:</i>			
insgesamt	20	41	37
Tarifbeschäftigte	20	37	42
Beamte	21	49	29
Männer	16	43	40
Frauen	24	41	35
18- bis 34-Jährige	17	43	38
35- bis 44-Jährige	21	39	40
45- bis 54-Jährige	23	42	35
55 Jahre und älter	21	42	36

Basis: abhängig Beschäftigte;
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Von denjenigen, die sich aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit stark psychisch belastet fühlen, geben 43 Prozent an, dies sei aufgrund von Überstunden und Mehrarbeit der Fall. 36 Prozent begründen die psychische Belastungssituation mit Unstimmigkeiten im Kollegium oder mit den Vorgesetzten.

Bei 15 Prozent sind die Arbeitszeiten, bei 12 Prozent das Arbeitsaufkommen bzw. der Leistungsdruck, bei 10 Prozent die (psychisch) belastende Arbeit Grund für die psychische Belastung. 8 Prozent begründen ihr Belastungsgefühl mit einer allgemein herausfordernden Arbeit bzw. Aufgaben, der damit verbundenen Verantwortung oder Komplexität der Aufgaben.

Gründe der psychischen Belastung durch die berufliche Tätigkeit

	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	Beschäftigte im öffentlichen Dienst
	%	%	%
Überstunden, Mehrarbeit	43	41	53
Unstimmigkeiten im Kollegium oder mit den Vorgesetzten	36	34	34
Arbeitszeiten, z. B. Schicht- oder Wechselschichtdienst, Nachtschichten	15	13	18
Arbeitsaufkommen, -pensum, Leistungsdruck	12	14	16
(psychisch) belastende Arbeit	10	8	13
(allg.) Herausfordernde Arbeit/Aufgaben, Verantwortung, Komplexität	8	8	7
etwas anderes	11	12	13

Basis: abhängig Beschäftigte, die sich durch ihre aktuelle berufliche Tätigkeit psychisch belastet fühlen; Mehrfachnennungen möglich

4 Arbeitszeitregelungen der Beschäftigung

41 Prozent aller abhängig Beschäftigten geben an, bei ihrer aktuellen beruflichen Beschäftigung zumindest teilweise flexible Arbeitszeiten bzw. Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheits- oder Kernzeiten zu haben. 28 Prozent können ihrer Tätigkeit „mobil“ nachgehen, 25 Prozent haben vollständig flexible Arbeitszeiten bzw. Gleitzeit.

23 Prozent haben feste Arbeitszeiten, aber ohne Schichtdienst. 13 Prozent arbeiten im Schicht- bzw. Wechselschichtdienst, 11 Prozent (auch) an Wochenenden bzw. Feiertagen.

Kaum jemand (1 %) hat eine Vier-Tage-Woche.

Arbeitszeitregelungen bei der Beschäftigung I

Bei ihrer gegenwärtigen Beschäftigung gelten folgende Arbeitszeitregelungen:	Erwerbstätige insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 54-Jährige	55 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
teilweise flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheitszeiten/Kernzeiten	41	40	43	47	43	39	36
mobile Arbeit/Homeoffice	28	30	25	36	32	27	15
vollständig flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit	25	27	23	31	24	22	21
feste Arbeitszeiten, ohne Schichtdienst	23	20	27	17	22	26	28
Schichtdienst, Wechselschichtdienst	13	18	8	9	14	17	14
Wochenend- und Feiertagsarbeit	11	13	9	5	12	16	11
Vier-Tage-Woche	1	1	2	0	3	1	2

Basis: abhängig Beschäftigte;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die Arbeitszeitregelungen unterscheiden sich zwischen den Beschäftigten der freien Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes nur in geringem Maße. Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben etwas häufiger als Erwerbstätige der freien Wirtschaft zumindest teilweise flexible Arbeitszeiten bzw. Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheits- oder Kernzeiten, arbeiten gleichzeitig aber auch etwas häufiger an Wochenenden und Feiertagen.

Arbeitszeitregelungen bei der Beschäftigung II

Bei ihrer gegenwärtigen Beschäftigung gelten folgende Arbeitszeitregelungen:	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	Beschäftigte im öffentlichen Dienst:		
	%	%	insgesamt %	Tarifbeschäftigte %	Beamte %
teilweise flexible Arbeitszeiten/Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheitszeiten/Kernzeiten	41	39	45	46	43
mobile Arbeit/Homeoffice	28	28	31	29	33
vollständig flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit	25	26	24	24	23
feste Arbeitszeiten, ohne Schichtdienst	23	24	22	18	27
Schichtdienst, Wechselschichtdienst	13	13	13	15	10
Wochenend- und Feiertagsarbeit	11	10	15	16	13
Vier-Tage-Woche	1	2	1	2	1

Basis: abhängig Beschäftigte;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die Möglichkeit des mobilen Arbeitens haben die jüngeren Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eher als die älteren Beschäftigten, Männer eher als Frauen.

Arbeitszeitregelungen bei der Beschäftigung III

Bei ihrer gegenwärtigen Beschäftigung gelten folgende Arbeitszeitregelungen:	Beschäftigte im öffentlichen Dienst:						
	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 54-Jährige	55 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
teilweise flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheitszeiten/Kernzeiten	45	45	44	46	45	46	41
mobile Arbeit/Homeoffice	31	35	28	36	35	31	22
vollständig flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit	24	25	23	25	24	24	22
feste Arbeitszeiten, ohne Schichtdienst	22	19	24	24	20	17	25
Schichtdienst, Wechselschichtdienst	13	15	12	10	11	18	14
Wochenend- und Feiertagsarbeit	15	17	13	10	15	20	16
Vier-Tage-Woche	1	1	2	0	1	1	3

Basis: Beschäftigte im öffentlichen Dienst;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

5 Überstunden und Überstundenausgleich

Zwei Drittel (67 %) aller abhängig Beschäftigten geben an, regelmäßig Überstunden oder Mehrarbeit zu leisten.

Dies gilt in überdurchschnittlichem Maße für die unter 45-Jährigen sowie für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – mit Ausnahme der über 55-jährigen öffentlich Beschäftigten.

Überstunden?

Es leisten regelmäßig Überstunden oder Mehrarbeit

	%
Erwerbstätige insgesamt	67
Männer	68
Frauen	66
18- bis 34-Jährige	73
35- bis 44-Jährige	73
45- bis 54-Jährige	68
55 Jahre und älter	53
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	66
<i>Beschäftigte im öffentlichen Dienst:</i>	
insgesamt	75
Tarifbeschäftigte	73
Beamte	79
Männer	73
Frauen	77
18- bis 34-Jährige	78
35- bis 44-Jährige	77
45- bis 54-Jährige	80
55 Jahre und älter	66

Basis: abhängig Beschäftigte

Die Mehrheit (72 %) derjenigen, die regelmäßig Überstunden bzw. Mehrarbeit leisten, würden sich wünschen, dass diese durch einen zeitlichen Ausgleich, also Stundenabbau bzw. Freizeitausgleich, ausgeglichen werden würden. Etwa ein Viertel derjenigen, die Überstunden leisten, würden dafür gerne einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Gewünschter Ausgleich von Überstunden

Es würden sich wünschen, dass Überstunden bzw. Mehrarbeit idealerweise ausgeglichen werden durch einen

	finanziellen Ausgleich %	zeitlichen Ausgleich %
Erwerbstätige insgesamt	25	72
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	27	69
<i>Beschäftigte im öffentlichen Dienst:</i>		
insgesamt	20	77
Tarifbeschäftigte	16	82
Beamte	25	68
Männer	24	71
Frauen	16	80
18- bis 34-Jährige	20	76
35- bis 44-Jährige	21	72
45- bis 54-Jährige	19	78
55 Jahre und älter	18	80

Basis: abhängig Beschäftigte, die regelmäßig Überstunden oder Mehrarbeit leisten;
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

6 Schicht- oder Wechselschichtdienst

13 Prozent aller Befragten geben an, im Schicht- oder Wechselschichtdienst zu arbeiten.

Dies betrifft Männer etwas häufiger als Frauen.

Schicht- oder Wechselschichtdienst?

	Es arbeiten im Schicht- oder Wechselschichtdienst %
Erwerbstätige insgesamt	13
Männer	18
Frauen	8
18- bis 34-Jährige	9
35- bis 44-Jährige	14
45- bis 54-Jährige	17
55 Jahre und älter	14
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	13
<i>Beschäftigte im öffentlichen Dienst:</i>	
insgesamt	13
Tarifbeschäftigte	15
Beamte	10
Männer	15
Frauen	12
18- bis 34-Jährige	10
35- bis 44-Jährige	11
45- bis 54-Jährige	18
55 Jahre und älter	14

Basis: abhängig Beschäftigte

Über die Hälfte (53 %) derjenigen, die Schicht- oder Wechselschichtdienste leisten, wünschen sich idealerweise einen finanziellen Ausgleich dafür. 41 Prozent wünschen sich eher einen zeitlichen Ausgleich.

Eine Kompensation der (Wechsel-)Schichtdienste in Form eines zeitlichen Ausgleichs wünschen sich insbesondere die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Gewünschter Ausgleich der Schicht- oder Wechselschichtdienste

Es würden sich wünschen, dass Schicht- oder Wechselschichtdienste idealerweise ausgeglichen werden durch einen

	finanziellen Ausgleich %	zeitlichen Ausgleich %
Erwerbstätige insgesamt	53	41
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	56	39
Beschäftigte im öffentlichen Dienst	45	52

Basis: abhängig Beschäftigte, die regelmäßig Überstunden oder Mehrarbeit leisten;
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

7 Arbeitszeitkonten

Für insgesamt 66 Prozent aller Befragten gibt es die Möglichkeit, ein sogenanntes Arbeitszeitkonto einzurichten: 55 Prozent können dies als „Kurzzeitkonto“ führen, mit Ausgleich von Plus- oder Minusstunden innerhalb eines bestimmten Zeitraums von z. B. einem Jahr, 19 Prozent können dies (auch) als „Langzeitkonto“ zum langfristigen Ansparen von Arbeitszeit, z. B. für eine Auszeit („Sabbatical“) oder einen vorzeitigen Berufsausstieg, führen.

Ein Arbeitszeitkonto führen können insbesondere Gewerkschaftsmitglieder sowie Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst.

Möglichkeit der Einrichtung eines Arbeitszeitkontos

Es gibt die Möglichkeit, ein sogenanntes Arbeitszeitkonto einzurichten

		ja, als Kurzzeitkonto %	ja, als Langzeitkonto %	nein, weder noch %
Erwerbstätige insgesamt		55	19	34
Männer		56	25	33
Frauen		55	13	36
18- bis 34-Jährige		57	27	28
35- bis 44-Jährige		56	21	32
45- bis 54-Jährige		54	12	40
55 Jahre und älter		55	17	36
Gewerkschaftsmitgliedschaft:	ja	69	28	20
	nein	49	17	37
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte		54	18	34
<i>Beschäftigte im öffentlichen Dienst:</i>				
insgesamt		57	19	30
Tarifbeschäftigte		61	17	27
Beamte		49	23	36
Männer		58	22	28
Frauen		56	17	32
18- bis 34-Jährige		54	19	33
35- bis 44-Jährige		59	22	26
45- bis 54-Jährige		58	18	30
55 Jahre und älter		55	18	30

Basis: abhängig Beschäftigte;
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

8 Wünsche für die Arbeitszeit

Wenn sie sich hinsichtlich ihrer Arbeitszeit etwas wünschen könnten, würde sich jeder dritte abhängig Beschäftigte mehr Urlaubstage (33 %), eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit (31 %) oder ein Langzeitkonto zur Ansparung von Arbeitszeit (31 %) wünschen.

Etwa jeder Vierte würde sich eine Vier-Tage-Woche (28 %), die Möglichkeit des mobilen Arbeitens (23 %) oder die Möglichkeit, Urlaub flexibel nach Bedarf zu nehmen (22 %) wünschen.

Die Wahlmöglichkeit „Freizeit statt Geld“ hätten 16 Prozent gerne, 10 Prozent wünschen sich eine flexible Teilzeit-Regelung.

Mehr Urlaubstage wünschen sich insbesondere die 45- bis 44-Jährigen, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit eher die unter 45-Jährigen als die über 45-Jährigen, eine Vier-Tage-Woche klingt überdurchschnittlich häufig für die unter 35-Jährigen attraktiv.

Wünsche für die Arbeitszeit I

Wenn sie sich hinsichtlich ihrer Arbeitszeit etwas wünschen könnten, wäre das folgendes:	Erwerbstätige insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 54-Jährige	55 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
mehr Urlaubstage	33	32	35	33	40	33	27
Verkürzung der Wochenarbeitszeit	31	30	31	36	33	27	26
Langzeitkonto zur Ansparung von Arbeitszeit, z. B. für eine Auszeit ("Sabbatical") oder einen vorzeitigen Berufsausstieg)	31	33	28	29	28	33	33
Vier-Tage-Woche	28	27	28	38	28	20	23
mobile Arbeit/Homeoffice	23	22	24	28	25	22	15
Möglichkeit, Urlaub flexibel nach Bedarf zu nehmen	22	23	21	19	22	21	27
Wahlmöglichkeit "Freizeit statt Geld"	16	17	15	16	17	15	16
flexible Teilzeit-Regelungen	10	7	14	8	13	13	7
etwas anderes	7	9	5	9	10	7	4
weiß nicht / keine Angabe	8	7	9	4	5	14	9

Basis: abhängig Beschäftigte;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die abhängig Beschäftigten der freien Wirtschaft und die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst wünschen sich häufiger als Beamte mehr Urlaubstage oder eine Vier-Tage-Woche. Beamte hingegen haben überdurchschnittlich häufig den Wunsch nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Wünsche für die Arbeitszeit II

Wenn sie sich hinsichtlich ihrer Arbeitszeit etwas wünschen könnten, wäre das folgendes:	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	Beschäftigte im öffentlichen Dienst:		
	%	%	insgesamt	Tarifbeschäftigte	Beamte
mehr Urlaubstage	33	37	28	32	22
Verkürzung der Wochenarbeitszeit	31	27	38	34	45
Langzeitkonto zur Ansparung von Arbeitszeit, z. B. für eine Auszeit ("Sabbatical") oder einen vorzeitigen Berufsausstieg)	31	31	35	37	31
Vier-Tage-Woche	28	24	31	34	25
mobile Arbeit/Homeoffice	23	20	25	24	27
Möglichkeit, Urlaub flexibel nach Bedarf zu nehmen	22	22	22	21	23
Wahlmöglichkeit "Freizeit statt Geld"	16	14	16	17	15
flexible Teilzeit-Regelungen	10	10	11	11	10
etwas anderes	7	8	5	5	5
weiß nicht / keine Angabe	8	9	7	6	8

Basis: abhängig Beschäftigte;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Im öffentlichen Dienst beschäftigte Frauen wünschen sich häufiger als die Männer mehr Urlaubstage, die Möglichkeit des mobilen Arbeitens oder eine Vier-Tage-Woche.

Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bzw. eine Vier-Tage-Woche wünschen sich überdurchschnittlich häufig die im öffentlichen Dienst Beschäftigten unter 45-Jährigen, während die über 45-Jährigen sich eher als die jüngeren Befragten ein Langzeitkonto zur Ansparung von Arbeitszeit wünschen.

Wünsche für die Arbeitszeit III

Wenn sie sich hinsichtlich ihrer Arbeitszeit etwas wünschen könnten, wäre das folgendes:

Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 54-Jährige	55 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
mehr Urlaubstage	28	24	32	31	29	28	25
Verkürzung der Wochenarbeitszeit	38	39	38	42	42	37	31
Langzeitkonto zur Ansparung von Arbeitszeit, z. B. für eine Auszeit ("Sabbatical") oder einen vorzeitigen Berufsausstieg)	35	35	35	28	33	43	37
Vier-Tage-Woche	31	28	33	39	33	25	25
mobile Arbeit/Homeoffice	25	21	28	33	27	24	17
Möglichkeit, Urlaub flexibel nach Bedarf zu nehmen	22	20	23	25	19	24	20
Wahlmöglichkeit "Freizeit statt Geld"	16	19	14	18	13	16	16
flexible Teilzeit-Regelungen	11	8	13	7	13	10	12
etwas anderes	5	7	3	5	6	4	5
weiß nicht / keine Angabe	7	9	5	7	4	7	9

Basis: Beschäftigte im öffentlichen Dienst;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich